

## Excellence oder égalité?

Die Auseinandersetzungen um die französische Hochschulreform dauern an.

1) vgl. Physik Journal, März 2009, S. 14

2) Centre national de la recherche scientifique, www.cnrs.fr

Streik, besetzte Universitäten, Barrikaden vor den Hörsälen: Mancherorts ist der Lehrbetrieb seit zwei Monaten eingestellt, und die Polizei musste tätliche Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und studierwilligen „anti-bloqueurs“ verhindern. Die französischen Universitäten sind in Aufruhr wie seit Mai 1968 nicht mehr. Sollte die Regierung sich durchsetzen und ihre Reform zu Ende führen können, würde dies eine grundlegende Umwälzung des Forschungs- und Hochschulwesens bedeuten.<sup>1)</sup>

Ein im Sommer 2007 verabschiedetes Gesetz erlaubt den Universitäten eine weitreichende Selbstständigkeit in Bezug auf Budget, Personal und Immobilien. Die Regierung spricht von freier Entfaltung und von „excellence“, während die Gewerkschaften und Studentenvertretungen um die „égalité“ der Arbeits- und Studienbedingungen fürchten.

Mehr Autonomie für die Hochschulen bedeutet weniger Einfluss für die Forschungsorganisation CNRS.<sup>2)</sup> Seit 2005 wird ein stetig wachsender Anteil der staatlichen Gelder über die „Agence nationale de la recherche“ (ANR) verteilt, deren Budget 2009 etwa eine Milliarde Euro beträgt. Die bisher vom „comité national“ des CNRS alle vier Jahre anstehende Evaluierung der Labore führt nun die staatliche Agentur AERES durch. Es gab sogar Überlegungen, die bislang unabhängigen CNRS-Forscher in die Universitäten einzugliedern.

### Renovierung der Hochschulen

Viele der in den Sechziger- und Siebzigerjahren errichteten Hörsäle und Forschungslabors bedürfen dringend der Renovierung. Um das zu finanzieren, hat die französische Regierung nach der Teilprivatisierung des Stromversorgers EDF einen Fonds von etwa vier Milliarden Euro eingerichtet. Allerdings kommen diese Mittel nur einigen



Studenten, Lehrer und Hochschuldozenten protestierten Anfang April in Marseille gegen die Reformen der Regierung.

Hochschulen zugute. Unter 50 Bewerbern wurden im Mai 2008 die Universitäten Bordeaux, Grenoble, Lyon, Montpellier, Straßburg und Toulouse ausgewählt; in einer zweiten Runde kamen Aix-Marseille sowie drei Projekte im Großraum Paris hinzu.

Nicht zuletzt beschleunigt dieser Plan die Neugliederung der infolge der Unruhen im Mai 1968 aufgesplitterten französischen Hochschullandschaft. So wurden die drei Straßburger Universitäten zum 1. Januar zusammengelegt; mit 42 000 Studenten ist die neugegründete Université de Strasbourg die größte Frankreichs. Zwölf weitere Standorte haben den Weg einer schrittweisen Integration gewählt. Die seit 2007 bestehende Université de Lyon umfasst 20 noch weitgehend selbstständige Einrichtungen mit zusammen 120 000 Studenten.

Mittelfristig könnte dies den Gegensatz zwischen den „armen“ Universitäten und den gut ausgestatteten selektiven Ausbildungseinrichtungen aufheben. Ein Hochschulstudienplatz kostet den Staat jährlich etwa 6500 Euro, an einer Ingenieursschule oder an einer „Grande école“ sind es zwei bis vier Mal so viel. Letztere wählen ihre Studenten aus; den Universitäten bleibt dies weiter verwehrt.

Die derzeitigen Unruhen hatte ein Gesetzentwurf der Wissenschaftsministerin Valérie Pécresse ausgelöst, die damit eine leistungsorientierte Besoldung und eine Differenzierung der Lehrverpflichtung anstrebte. Dazu gilt es, Forschungsleistungen, Lehre und Verwaltungsaufgaben regelmäßig zu bewerten und ihren Umfang individuell festzulegen. Derzeit beträgt die Lehrverpflichtung 192 Stunden im Jahr, sowohl für Professoren als auch für Mittelbau-Dauerstellen; eine Vorlesungsstunde zählt dabei um die Hälfte mehr als eine Übung, Praktikumsbetreuung etwas weniger. „Überstunden“ werden bezahlt.

Neuen Auftrieb aber hat die Bewegung durch den Einspruch der Studentenverbände gegen die Reform der Staatsexamina für Lehrer erhalten. Bislang werden diese nach Abschluss des Fachstudiums eingestellt – ohne Unterrichtspraxis und pädagogische Ausbildung. Der Versuch, längere Praktika ins Studium zu integrieren, ist aber nach lautstarkem Protest vorerst gescheitert.

Vor dem Hintergrund der seit letztem Jahr schwelenden Sozialkrise scheint die Regierung in Einzelfragen nachgeben zu wollen. In der Protestbewegung träumt mancher schon von einem neuen Mai 68 ...

Alois Würger

Prof. Dr. Alois Würger, Centre de Physique Moléculaire Optique et Hertzienne (CPMOH), Université Bordeaux 1